

15403/AB
= Bundesministerium vom 10.10.2023 zu 15886/J (XXVII. GP) bmaw.gv.at
 Arbeit und Wirtschaft

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.590.157

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)15886/J-NR/2023

Wien, am 10. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kai Jan Krainer und weitere haben am 10.08.2023 unter der **Nr. 15886/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Österreich im siebenten Monat in Folge mit der höchsten Inflationsrate in Westeuropa - Was haben Sie getan und was planen Sie noch zu tun?** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3

- *Welche Maßnahmen haben Sie seit Jahresbeginn 2022 in Ihrem Ressort gesetzt, um die Inflationsrate in Österreich zu senken (Bitte um genaue Auflistung der Maßnahmen sowie die geschätzte Auswirkung auf die VPI-Inflation)?*
- *Welche Maßnahmen werden Sie angesichts der Tatsache, dass Österreich nunmehr seit geraumer Zeit die höchste Inflationsrate in Westeuropa hat in Ihrem Ressort bis zum Jahresende 2023 setzen, um die Inflationsrate in Österreich zu senken (Bitte um genau Auflistung der Maßnahmen sowie die geschätzte Auswirkung auf die VPI-Inflation)?*
- *Welche Maßnahmen zur Senkung der Inflationsrate haben Sie im Rahmen von Regierungsbesprechungen, Verhandlungen, Diskussionen im Ministerrat seit Jahresbeginn 2022 in die Diskussion eingebracht?*
 - *Bitte um genaue Auflistung der vorgeschlagenen Maßnahmen*

- *Woran sind Ihre konkreten Vorschläge gescheitert?*

Ursache der Inflation sind v.a. die Verwerfungen in der Lieferkette im Zuge der Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die damit verbundenen Preissteigerungen im Energiesektor. Inflation kann keinesfalls isoliert als Maßgröße verstanden werden, sondern kann nur gemeinsam mit den anderen Wirtschaftsindikatoren gesehen werden. Nachholeffekte bei der Nachfrage nach der Corona-Krise sorgten in Österreich einerseits für ein hohes Wirtschaftswachstum (4,9 % im Jahr 2022) und andererseits für eine deutliche Steigerung der realen privaten Konsumausgaben (4,8 % im Jahr 2022). Auch konnte Österreich ein deutliches Beschäftigungswachstum verzeichnen und mit niedriger Arbeitslosigkeit punkten.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft wurde zur Unterstützung der Unternehmen der Energiekostenzuschuss (als Prozentsatz des Mehraufwands im Vergleich zu 2021) konzipiert. Es handelt sich um ein Berechnungs- und Antragsmodell mit einer Reihe von Voraussetzungskriterien. Damit soll insbesondere Unternehmen geholfen werden, die durch Kostensteigerungen (Wettbewerbs-) Nachteile erfahren haben und diese nicht oder nicht zur Gänze an Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben konnten. Trotz tendenziell sinkender Energiepreise belastet das hohe Preisniveau nach wie vor österreichische Unternehmen.

Zu den Fragen 4 und 6

- *Halten Sie Markteingriffe hinsichtlich der Preise aufgrund der gegebenen Situation in den Bereichen Lebensmittel, Energie und Wohnen für zielführend bzw. würden Sie einem solchen Vorhaben im Rahmen des Ministerrats Ihre Zustimmung erteilen?*
 - *Falls Ja, in welchem Bereich würden Sie Ihre Zustimmung erteilen?*
 - *Falls Nein, wodurch begründen Sie Ihre Ablehnung?*
- *Halten Sie es für "normal", dass Österreich das Land mit der höchsten Inflationsrate in Westeuropa ist?*

Transparenz und Wettbewerb stehen im Vordergrund der Bemühungen, der Inflation entgegen zu treten. Transparenz, etwa im Rahmen der Preisauszeichnung im Handel und Dienstleistungsbereich, des Spritpreisrechners und des Tarifkalkulators für Strom und Gas, ermöglicht es Konsumentinnen und Konsumenten, Preise zu vergleichen und das für sie jeweils günstigste Angebot zu wählen. Funktionierender Wettbewerb ist die Grundlage für marktwirtschaftliche Systeme, ist unerlässlich für die Sicherung des Produktionsstandortes Europa und dient damit der Sicherung von Arbeitsplätzen und des langfristigen Wohlstands. Eingriffe in dieses marktwirtschaftliche System etwa im Rahmen einer Preisfest-

setzung setzen den Wettbewerb aus und können, wie sich dies in anderen Mitgliedstaaten gezeigt hat, weitere unerwünschte Folgen nach sich ziehen, wie etwa Versorgungsengpässe oder Ausdünnung des Angebots und Reduzierung der Marktteilnehmer. Dieses Phänomen war etwa in Ungarn aufgrund der dort erfolgten Preisfestsetzungen für Treibstoffe zu beobachten. Die dadurch generierten lang- und mittelfristigen negativen Auswirkungen sowohl für die Wirtschaft, als auch für Konsumentinnen und Konsumenten sowie Arbeitsplätze können zu einem geringeren Angebot, enormen Preisanstiegen und damit letztendlich möglicherweise auch zu einem höheren Preisniveau führen. Zu Spanien als häufig zitiertem Beispiel für Markteingriffe ist darauf hinzuweisen, dass die Inflation bei Nahrungsmitteln in Spanien mit 10,8 % im Juli sogar leicht über der österreichischen Inflationsrate in dieser Kategorie war.

Zur weiteren Verbesserung der Transparenz wird an der Entwicklung eines gesetzlichen Rahmens für Vergleichstools gearbeitet, das den Konsumentinnen und Konsumenten – unter Berücksichtigung von Qualitätskriterien ermöglicht – das beste Angebot zu wählen.

Was den Bereich Wohnen betrifft, ist auf den Beschluss der Bundesregierung zur Einführung eines Mietpreisdeckels zu verweisen.

Zur Frage 5

- *Welche Maßnahmen haben Sie in Ihrem Ressort gesetzt, die die Inflation erhöht haben (Bitte um genaue Auflistung der Maßnahmen sowie die geschätzte Auswirkung auf die VPI-Inflation)?*

Keine.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt